

# Protokolleintrag vom 06.10.2010

2010/428

Interpellation der FDP-Fraktion vom 06.10.2010:

Legislaturetschwerpunkte der Stadt Zürich 2010-2014, Strategien und Umsetzung

Von der FDP-Fraktion ist am 6. Oktober 2010 folgende Interpellation eingereicht worden:

Die Präsentation der Legislativetschwerpunkte (LSP) lässt einige Fragen offen, die für die Bemessung der Bedeutung dieses Beschlusses für die effektiv zu leistende Arbeit während der Legislative entscheidend sind.

1. Gemäss LSP wird die Stadt Zürich international kaum als Kultur- und Kreativstadt wahrgenommen. Wie erklärt der Stadtrat dann Äusserungen aus seiner Reihe, dass Zürich vor Allem wegen diesem Punkt so attraktiv sein soll?
2. Handelt es sich beim LSP Kultur- und Kreativwirtschaft um reine Marketingmassnahmen? Wenn nein, welche Massnahmen gibt es sonst und warum werden diese nicht erwähnt?
3. Ist im Rahmen des LSP eine Erhöhung des Kulturbudgets geplant?
4. Wie definiert der Stadtrat „Kreativwirtschaft“?
5. Es zeigt sich, dass Kulturpolitik wie sie vom Stadtrat kommt, nicht immer auch von der Bevölkerung so akzeptiert wird (Hafenkran, Nagelhaus). Gedenkt der Stadtrat hier auf die Bevölkerung Rücksicht zu nehmen oder wird ein Teil der Bevölkerung einfach als Kulturbanausen bezeichnet?
6. Für den LSP eZürich sind die Bedürfnisse der IT-Firmen zu berücksichtigen. Diese leiden heute an einem Fachkräftemangel. Darum muss dafür gesorgt werden, dass vermehrt technische Fachrichtungen an den Hochschulen und technische Berufslehren attraktiver werden. Welche Massnahmen sind aus Sicht des Stadtrates durch die Stadt umsetzbar oder mindestens anstossbar?
7. Welchen Handlungsspielraum sieht der Stadtrat im Rahmen der Volksschule den mathematischen-naturwissenschaftlichen Fächern mehr Gewicht beizumessen und ist er gewillt diesen zu nutzen?
8. In der Strategie des Legislativetschwerpunktes „eZürich“ wird die Information von Bund, Kanton und interessierten Gemeinden der Agglomeration als eigener Punkt erwähnt. Wie stellt der Stadtrat sicher, dass von den Erfahrungen anderer Organisationen (ist hier auch Bund, Kanton andere Gemeinden gemeint?) auch profitiert werden kann, und die Stadt Zürich nicht eine Insellösung einführt?
9. Der Stadtrat zählt die Durchdringung der Bevölkerung mit Internet und digitalen Geräten als Messgrösse. Wie sieht die Durchdringung in der Stadt Zürich auch im internationalen Vergleich per 2010 aus? Welche konkreten Massnahmen plant der Stadtrat für die Erhöhung der digitalen Geräte der Bevölkerung (einfacher Bewilligung von Antennen)?
10. Wie will der Stadtrat anhand der Legislativetschwerpunkte verhindern, dass erfolgreiche ICT Startups nach der Entstehungsphase aufgrund fehlender Strukturen und positiven Rahmenbedingungen die Stadt Zürich verlassen bzw. in den stadtnahen Raum wegziehen? Welches sind nach Meinung des Stadtrates die Rahmenbedingungen, welche den Standort Zürich für diese Startup attraktiv machen würden?
11. Plant der Stadtrat im Rahmen des LSP „Quartiere gemeinsam gestalten“ die Quartiervereine von wesentlichen bürokratischen Auflagen zu befreien (beispielsweise Abfallkonzepte, übertriebene Sicherheitskonzepte, Verkaufsbeschränkungen)?
12. Wie will der Stadtrat der Bevölkerung die Möglichkeit geben den Wandel mitzugestalten, ohne dass dies zur Alibiübung verkommt? Sind Workshops mit zufälligen Teilnehmern überhaupt geeignet eine qualitativ hochstehende Stadtentwicklung zu erreichen?
13. Wie will der Stadtrat mit staatlichen Massnahmen eine Steigerung des zivilen Engagements, das auf Eigenverantwortlichkeit basiert, erreichen, ohne die Bevölkerung zu bevormunden?
14. Im Rahmen des LSP Frühförderung will der Stadtrat die Eltern ausbilden. Wie stellt der Stadtrat sicher, dass diese Ausbildung von eigenverantwortlichen, mündigen Eltern ausgeht?
15. Wer entscheidet im Rahmen der erwähnten Ausbildung, was eine entwicklungsfördernde Erziehungshaltung ist? Seit wann ist die Unterstützung der Haltung einer Person Aufgabe des Staates?
16. Im LSP Frühförderung sollen die Akteure systematisch koordiniert werden. Wurde bisher auf eine Koordination verzichtet?
17. Eine Herausforderung ist, dass für alle LSP vor Allem das Angebot an Raum entscheidend ist. Weil der Stadtrat auch das Wohnen weiter fördern will, sollen fast alle Anspruchsgruppen gefördert werden. Wie löst der Stadtrat den entstehenden Zielkonflikt und wie werden die Anspruchsgruppen priorisiert?
18. Die Umsetzung der LSP benötigt zwangsläufig personelle und finanzielle Ressourcen. Welche Aufgaben will der Stadtrat künftig mit weniger Ressourcen ausstatten, damit die Umsetzung kostenneutral ausfällt?

Mitteilung an den Stadtrat